

Steigende Stromkosten aufgrund der subventionierten Wind- und Solarbesessenheit der Demokraten

geschrieben von Andreas Demmig | 5. Januar 2024

Stophthesethings

Verbraucher zahlen zwangsläufig mehr für Strom, wenn wind- und solarbesessene Demokraten die Energiepolitik bestimmen. Jedes Land, das Wind- und Solarenergie nutzt, leidet unter explodierenden Strompreisen. In den USA liegen Daten vor, die genau diesen Punkt belegen – für jeden einzelnen Bundesstaat.

Die glücklichen Bewohner der republikanischen „Republikanischen“ Staaten zahlen im Durchschnitt einen Bruchteil dessen, was ihre Nachbarn in den von den Demokraten regierten „Demokratischen“ Staaten zahlen. Je höher der Anteil von Wind- und Solarenergie, je strenger die Auflagen und großzügigen Subventionen, desto höher sind die Einzelhandelsstrompreise für Haushalte und Unternehmen.

Tom Ozimek berichtet, wie die Demokraten für den rapiden Anstieg der amerikanischen Strompreise verantwortlich sind.

Einwohner in demokratisch regierten Staaten müssen für Strom mehr zahlen: Studie

The Epoch Times, Tom Ozimek, 24. November 2023

Laut einem neuen Bericht von Amerikas größter Mitgliederorganisation staatlicher Gesetzgeber zahlen Einwohner in demokratisch regierter Bundesstaaten, deren Regierungen eine aggressive Klimapolitik verfolgen, viel mehr für Strom und Treibstoff als ihre Nachbarn, die in republikanisch regierten Bundesstaaten leben, in denen es keine solche Ideologie gibt.

Der **Bericht** des American Legislative Exchange Council (ALEC) schlüsselt Energiepreise in den gesamten Bundesstaaten und zeigt gleichzeitig den Zusammenhang zwischen Regierungspolitik und hohen Energiekosten auf.

„Während einige Staaten auf den freien Markt und Innovationen setzen, um vom Menschen verursachte Emissionen in die Atmosphäre zu begrenzen, verfolgen andere einen strengeren Ansatz. Rigidere Standards, Vorschriften und Preissysteme werden erlassen, die bestimmten ideologischen Arten von Technologien zugutekommen.“

„Egal ob es sich um Mandate, Subventionen oder eine Kombination aus

beidem handelt: Mischt sich die Regierung in die Energiemärkte ein, müssen am Ende die Steuerzahler die Zeche bezahlen.“

Der Trend, dass staatliche Vorgaben mit höheren Strompreisen verbunden sind, ist im gesamten Bericht erkennbar.

Allein die Teilnahme am Renewable Portfolio Standard (RPS), der vorschreibt, dass ein bestimmter Anteil der Stromerzeugung eines Staates aus erneuerbaren Quellen stammen muss, führte beispielsweise zu einem Anstieg der Stromkosten in einem teilnehmenden Staat um rund 11 Prozent.

Großer Verwaltungsaufwand bedeutet höhere Stromkosten

Insgesamt kommt der Bericht zu dem Schluss, dass republikanisch regierte Bundesstaaten keine eigenen Vorgaben für grüne Energie haben und nicht an Cap-and-Trade-Systemen teilnehmen haben die niedrigsten Stromkosten. (Cap-and-Trade Systeme, die Gesamtemissionen einer Gruppe von Emittenten durch eine Obergrenze begrenzen),

Die republikanischen Bundesstaaten Idaho, Wyoming und Utah hatten die niedrigsten Strompreise. Keiner von ihnen verfügt über ein staatlich vorgeschriebenes RPS oder beteiligt sich an Emissionshandelsprogrammen wie der Regional Greenhouse Gas Initiative (RGGI), einem CO₂-Begrenzungs- und Handelsprogramm zwischen zehn Staaten im mittleren Atlantik und im Nordosten Regionen des Landes.

Utah hat ein freiwilliges Ziel von 20 Prozent erneuerbarer Energien bis 2025, es handelt sich dabei jedoch nicht um eine Vorgabe. In Idaho und Wyoming gibt es kein staatlich vorgeschriebenes smart-metering. Hierbei handelt es sich um die Abrechnungspraxis der Versorgungsunternehmen, bei der die von einer Solaranlage erzeugte überschüssige Energie erfasst und auf die Rechnung eines Kunden als Gutschrift gegen netzbezogene Energie verbucht wird.

Während in dem Bericht darauf hingewiesen wird, dass die Auswirkungen der staatlich vorgeschriebenen Nettostrommessung „immer noch nicht klar erkennbar sind“, sagen einige Versorgungsunternehmen, dass dies eine Kostenverlagerung darstellt: weg von Menschen, die es sich leisten können, Solarmodule zu installieren, hin zu Menschen ohne Solarenergie, die mehr bezahlen müssen, für ihren Anteil an den Fixkosten für die Instandhaltung des Stromnetzes.

Außer dem republikanischen Alaska und dem demokratischen Hawaii (die beide geografische Ausreißer sind und daher verständlicherweise die höchsten Stromkosten haben – viel „Dieselstrom“) sind die fünf Bundesstaaten mit den höchsten Strompreisen alle demokratisch: Kalifornien, Massachusetts, Rhode Island, Connecticut und New Hampshire.

Alle fünf Bundesstaaten verfügen über Cap-and-Trade-Systeme und staatlich vorgeschriebene RPS. Jeder dieser Staaten hat seinen

Versorgungsunternehmen außerdem eine staatlich vorgeschriebene smart-Meter-Richtlinie auferlegt.

Insgesamt ist der Unterschied bei den Stromkosten zwischen den günstigsten republikanischen Bundesstaaten und den teuersten demokratischen Bundesstaaten erheblich. Die Kosten für eine Kilowattstunde sind in Kalifornien, Massachusetts, Rhode Island und Connecticut mehr als doppelt so hoch wie in den republikanischen Bundesstaaten Idaho, Wyoming und Utah.

„Es besteht ein starker Zusammenhang zwischen großen einschneidenden Maßnahmen der Regierung und höheren Stromkosten“, heißt es in dem Bericht.

„Bei der Ausarbeitung von Energie- und Umweltpolitiken sollten Gesetzgeber die Einführung weiterer staatlicher Kontrollen vermeiden und stattdessen den Märkten erlauben, sich anzupassen, zu innovieren und zu verbessern.“

Neben Strom untersuchte die ALEC-Studie auch die Spritkosten in den einzelnen Bundesstaaten und stellte auch dabei fest, dass ein Zusammenhang zwischen staatlichen Vorschriften und Preisen besteht.

„Staaten mit strengeren Anforderungen an die Emissionen, mehr Vorschriften und überdurchschnittlichen Steuern haben im Allgemeinen höhere Spritpreise als solche, in denen dies nicht der Fall ist.“

Strom versus Erdgas

Ein aktueller Bericht vom 07. November der US-amerikanischen Energy Information Administration (EIA) ergab, dass die Kosten für die Beheizung eines Hauses im kommenden Winter mit Erdgas etwa 40 Prozent niedriger sein werden als mit Strom. Dabei werden Haushalte, die Strom zum Heizen von Häusern nutzen, zwischen November und März durchschnittlich 1.063 US-Dollar zahlen müssen. Im Gegensatz dazu müssen Haushalte, die Erdgas nutzen, voraussichtlich nur mehr als 601 US-Dollar zahlen.

Die deutlichen Ergebnisse kommen zu einem Zeitpunkt, an dem die Biden-Regierung ihren Krieg gegen Gas-Heizungsgeräte, einschließlich Öfen, verschärft und gleichzeitig elektrisch betriebene Alternativen (wie Wärmepumpen) anpreist – alles im Namen der Bekämpfung des Klimawandels.

Das Energieministerium (DOE) gab kürzlich bekannt, dass Präsident Joe Biden seine Kriegs-Notstandsbefugnisse nutzen wird, um die US-Produktion elektrischer Wärmepumpen anzukurbeln, während seine Regierung gleichzeitig weiterhin darauf drängt, mit fossilen Brennstoffen betriebene Öfen zu ersetzen.

Zuvor hatte das Energieministerium neue Energieeffizienzstandards für Warmwasserbereiter in Privathaushalten vorgeschlagen, die zur Erzielung

von Energieeffizienz elektrische Warmwasserbereiter der gängigsten Größe mit Wärmepumpentechnologie und gasbetriebene Durchlauferhitzer mit Kondensationstechnologie erfordern würden.

Die Republikaner warnten im Unterausschuss des Repräsentantenhauses für Wirtschaftswachstum, Energiepolitik und Regulierungsangelegenheiten, dass die vom DOE vorgeschlagenen Standards für die Geräteeffizienz für die Amerikaner sehr kostspielig wären und Familien mit niedrigerem Einkommen am härtesten treffen würden.

The Epoch Times

<https://stopthesethings.com/2023/12/20/rising-power-costs-driven-by-democrats-subsidised-wind-solar-obsession/>

Übersetzt durch Andreas Demmig